

**Mehr Mut zu Reformen****Nur eine Stärkung der Wirtschaftskonvergenz zwischen Deutschland und Frankreich kann die Eurozone langfristig stabilisieren**

Seit dem Jahr 2003 hat sich die wirtschaftliche Schere zwischen Deutschland und Frankreich besorgniserregend geöffnet. Das Vertrauensverhältnis zwischen den Partnern hat dabei Schaden genommen: Frankreich nimmt seinen Nachbarn jenseits des Rheins als Schulmeister wahr, während man in Deutschland mit großer Besorgnis auf den „kranken Mann Europas“ schaut, der politisch gelähmt wirkt. Die Auswirkungen dieser Vertrauenskrise sind in der gesamten Eurozone zu spüren: Populistische Gruppierungen erstarken und mangels eines deutsch-französischen Motors wird eine weitere Vertiefung der europäischen Integration ausgebremst.

Fakt ist, dass Frankreich seine Wirtschaftskrise noch nicht überwunden hat. Vermehrt behaupten französische Medien, Vertreter der Zivilgesellschaft, und vereinzelt auch französische Politiker, dass der Euro an der schwierigen Lage Frankreichs schuld sei. Das ist falsch. Der Euro hat Frankreich in der globalen Wirtschaftskrise vor noch schwereren Verwerfungen geschützt. Verantwortlich hingegen ist ein Jahrzehnt aufgeschobener Reformen. Die jüngste Regierungsumbildung, die bezeichnenderweise in Reaktion auf die deutschlandkritischen Äußerungen eines Teils des linken Flügels des *Parti socialiste* stattfand, zeigt jedoch, dass Frankreich sich der Debatte stellt. Mehrere Reformen wurden im Parlament eingebracht, die nun diskutiert und vertieft werden müssen. Doch auch Deutschland darf sich nicht auf den derzeitigen Erfolge ausruhen, sondern muss sich schon heute den kommenden Herausforderungen wie dem demographischen Wandel und der Erneuerung der Infrastruktur stellen.

Ansätze zur Problemlösung bestehen in beiden Ländern, doch sie müssen beherzter vorangetrieben werden. In den vergangenen

Monaten haben es Deutschland und Frankreich gleichermaßen versäumt, öffentlich Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme und Belange des Nachbarn zu zeigen. Sie haben damit populistisches Gedankengut genährt und den euroskeptischen Parteien den Weg geebnet. Hier bedarf es deutlicherer Signale von beiden Ländern, dass der Weg aus der Krise nur gemeinsam bewältigt werden kann: Eine Stabilisierung der Eurozone hängt unserer Meinung nach vor allem von einer Stärkung der Wirtschaftskonvergenz zwischen Deutschland und Frankreich ab. Das im November 2014 vorgestellte deutsch-französische Papier von Jean Pisani-Ferry und Henrik Enderlein\* gibt hier einige richtige Anstöße. Über die Inhalte hinaus zeigt es: Deutschland und Frankreich müssen gemeinsam Ideen entwickeln und wieder mehr miteinander, statt übereinander reden.

Ein Sanktionsverfahren gegen Frankreich durch die Europäische Kommission halten wir zum jetzigen Zeitpunkt für kontraproduktiv. Die Europäische Kommission hat richtig gehandelt, als sie Frankreich mehr Zeit für Reformen einräumte. Deutschland muss sich hier, in Anbetracht der besonderen wirtschaftlichen und politischen Lage in Frankreich, hinter das Nachbarland stellen. Dabei kann es nicht darum gehen, die Maastricht-Kriterien *ad absurdum* zu führen oder neue Regeln zu schaffen. Jedoch fordern wir eine flexible Interpretation der bestehenden Regeln, um der derzeitigen Wirtschaftslage besser gerecht zu werden. Zudem ist für uns

---

\* Vgl. Henrik Enderlein und Jean Pisani-Ferry, *Reforms, Investment and Growth: An Agenda for France, Germany and Europe*, Berlin 2014, <[http://www.hertie-school.org/fileadmin/images/Downloads/core\\_faculty/Henrik\\_Enderlein/Enderlein\\_Pisani\\_Report\\_EN.pdf](http://www.hertie-school.org/fileadmin/images/Downloads/core_faculty/Henrik_Enderlein/Enderlein_Pisani_Report_EN.pdf)> (abgerufen am 17.03.2015).

als junge deutsche und französische Berufstätige die Ausbildung von qualifizierten, mehrsprachigen und weltoffenen Nachwuchskräften ein wichtiges Zukunftsprojekt der EU, dem man den finanziellen Boden nicht entziehen darf. Für uns stellt die aktuelle Jugendarbeitslosigkeit in Europa eine große Gefahr für die Demokratie dar. Deswegen sagen wir zwar Ja zur Drei-Prozent-Regel, doch müssen bei der Bewertung des jährlichen Haushaltsdefizits Ausgaben im Bildungs- und Forschungsbereich sowie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit künftig in besonderem Maße Rechnung getragen werden.

Eine Stärkung der Wirtschaftskonvergenz zwischen Deutschland und Frankreich sollte das Hauptziel der beiden Länder für die kommenden Jahre sein. Ein frisch überholter deutsch-französischer Motor könnte die Wirtschaft in der gesamten Eurozone ankurbeln und das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit Europas stärken, was populistische Strohfeuer im Keim ersticken könnte.

Das von einigen geforderte Ende der Einheitswährung hingegen, würde Europa wirtschaftspolitisch um Jahrzehnte zurückwerfen. Schließlich würde eine verstärkte Wirtschaftskonvergenz zwischen den beiden Ländern das Tandem wieder auf eine Vertrauensebene zurückheben, die sich positiv auf neue europäische Projekte, beispielsweise im Steuer- oder Energiebereich, auswirken würde.

Daher plädieren wir dafür, dass Deutschland durch eine gezielte Förderung von Binnennachfrage und Investitionen, und Frankreich durch wettbewerbsfördernde Strukturereformen neue Impulse für die gesamte Eurozone setzen. Deutschland muss mehr in die Infrastruktur investieren und mögliche Spielräume für Lohnerhöhungen nutzen. In Frankreich laufen die aktuell diskutierten Strukturereformen Gefahr, durch den spätestens 2016 beginnenden Wahlkampf um das Präsidentschaftsamt ausgebremst zu werden. Das Jahr 2015 bietet deswegen das einzige Zeitfenster um die Reformen durchzusetzen. Als junge Menschen, die beide

Länder während langjähriger Studien- und Berufsaufenthalte kennengelernt haben, ist uns bewusst, dass eine französische Agenda 2010 nicht einfach zu realisieren ist. Diskussionen über ein neues Wachstumsmodell, das mehr Flexibilität für Unternehmen mit Sicherheit für Arbeitnehmer verbindet, sind dennoch ebenso nötig, wie die Entwicklung hin zu einem schlankeren und effektiveren Staat. Deutschland, auf der anderen Seite, darf sich trotz der derzeitigen stabilen Wirtschaftslage nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen.

Für das Jahr 2015 wünschen wir uns mehr Mut zur Umsetzung von Reformen, mehr Diskussionen auf Augenhöhe und ein Ende des „German- und French-Bashings“. Verschwenden wir nicht länger unsere kostbare Zeit. Reden wir wieder miteinander und nicht übereinander. Wir haben den Anfang gemacht.

*Anaëlle Chaperon, Martin Herzer, Kornelia Jakob, Patrick Lunz, Simone Mitterhuber, Mélanie Voin†*

---

† Die Autoren sind Teilnehmer des *Deutsch-französischen Zukunftsdialogs*, einer Initiative der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), des Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung. Das Positionspapier wurde im Rahmen des Projektjahres 2014 verfasst.